

Hass im Netz

Neue bundesweite Studie: Jede zweite Person zieht sich wegen Hass im Netz zurück

Mehr als die Hälfte der Internetnutzer*innen bekennt sich aus Angst vor Hass im Netz seltener zur eigenen politischen Meinung und beteiligt sich weniger an Diskussionen. Besonders für junge Frauen sind sexualisierte Übergriffe in den sozialen Netzwerken Alltag. Auch Personen mit sichtbarem Migrationshintergrund und queere Menschen sind dort vermehrt Gewaltandrohungen und Beleidigungen ausgesetzt. Das ergibt die heute veröffentlichte, repräsentative Studie „Lauter Hass - leiser Rückzug“. Die Erhebung wird von Das NETTZ, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, HateAid und den Neuen deutschen Medienmacher*innen als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz herausgegeben. Die vier zivilgesellschaftlichen Organisationen fordern, dass Politik und Plattformen jetzt zügig handeln.

Berlin, 13. Februar 2024

Die Erhebung ist die in Deutschland seit 2019 umfangreichste Untersuchung zu Wahrnehmung, Betroffenheit und Folgen von Hass im Netz. Befragt wurden mehr als 3.000 Internetnutzer*innen in Deutschland ab 16 Jahren. Die wichtigsten Ergebnisse:

- **Hass im Netz kann alle treffen. Aber nicht alle gleich.** Fast jede zweite Person (49 %) wurde schon einmal online beleidigt. Ein Viertel (25 %) der Befragten wurde mit körperlicher Gewalt und 13 % mit sexualisierter Gewalt konfrontiert. Besonders häufig betroffen sind nach eigenen Angaben Personen mit sichtbarem Migrationshintergrund (30 %), junge Frauen (30 %) und Menschen mit homosexueller (28 %) oder bisexueller (36 %) Orientierung. Fast jede zweite junge Frau (42 %) erhielt bereits ungefragt ein Nacktfoto.
- **Hass im Netz führt zum Rückzug aus demokratischen Diskursen.** Mehr als die Hälfte der Befragten bekennt sich aus Angst im Netz seltener zur eigenen politischen Meinung (57 %), beteiligt sich seltener an Diskussionen (55 %) und

formuliert Beiträge bewusst vorsichtiger (53 %). 82 % der Befragten fürchten, dass Hass im Netz die Vielfalt im Internet gefährdet. Mehr als drei Viertel (76 %) sind besorgt, dass durch Hass im Netz auch die Gewalt im Alltag zunimmt. Der Großteil (89 %) stimmt zu, dass Hass im Netz in den letzten Jahren zugenommen hat. Nur 5 % hat schon einmal Hass gegen sich selbst bei der Polizei angezeigt.

· **Plattformen müssen Verantwortung für Hass im Netz tragen.** 86 % der Befragten finden, dass Social-Media-Plattformen mehr Verantwortung übernehmen müssen. 79 % stimmen der Aussage zu, dass diese Plattformen auch finanzielle Verantwortung für die durch Hass im Netz entstehenden gesellschaftlichen Schäden tragen sollten.

Dazu die **herausgebenden Organisationen aus dem Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz:**

„Das Internet ist der wichtigste öffentliche Debattenraum unserer Zeit. Umso besorgniserregender sind die Ergebnisse der heute vorgestellten Studie: Wir beobachten im Netz einen offenen und unverhohlenen Angriff auf die Grundwerte und Prinzipien unserer Demokratie. Die Politik muss gerade in diesen Zeiten zivilgesellschaftliche Strukturen unterstützen und konsequent gegen Hass im Netz vorgehen.“

Die Herausgeber*innen der Studie fordern daher bessere Unterstützung für Betroffene von Hass im Netz. Es brauche ein bundesweites Netzwerk von spezialisierten Beratungsstellen sowie geschulte Strafverfolgungsbehörden, die Betroffene ernst nehmen und nicht abweisen. Denn die Studie zeigt: Bislang nehmen Menschen, die Hass im Netz erleben, institutionelle Angebote nur in wenigen Fällen wahr. Notwendig sei daher die konsequente Anwendung bestehender Gesetze im Internet. Der europäische Digital Services Act (DSA) müsse schnell umgesetzt werden. Von Social-Media-Plattformen verlangen sie ein konsequentes Vorgehen gegen Hass sowie Verstöße gegen den Jugendmedienschutz. Für die durch Hass und Desinformation verursachten gesellschaftlichen Schäden müssten insbesondere sehr große Online-Plattformen künftig auch finanziell Verantwortung übernehmen. Außerdem fordern die Organisationen eine nationale Bildungsoffensive Medienkompetenz, die mit Mitteln in mindestens gleichwertiger Höhe des Digitalpakts von Bund und Ländern (6,5 Milliarden Euro) ausgestattet werden sollte. Zudem müssten die Zivilgesellschaft besser gefördert und Hassdynamiken im Netz kontinuierlich erfasst werden.

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus zu den heute in Berlin vorgestellten Ergebnissen:

„Ob toxische Kommentare, Drohungen, beängstigende Kampagnen: Hass im Netz ist allgegenwärtig. Viele Menschen sind davon abgestoßen oder eingeschüchtert, halten sich zurück oder schweigen. Das gibt denen Raum, die laut und aggressiv sind. Es bedroht unsere Demokratie. Wir können gemeinsam etwas dagegen unternehmen. Das Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz führt Wissen und Erfahrung zusammen: Beratungsangebote für Betroffene, Unterstützung beim Schutz vor Cyberkriminalität und digitaler Gewalt oder Know-How für Debattenkultur im Netz – an vielen Stellen geht das Netzwerk gegen die Verrohung im digitalen Raum vor. Wir brauchen Weitsicht und passgenaue Maßnahmen, um Hass im Netz entgegen zu treten und einen respektvollen Austausch im Internet zu ermöglichen.“

Weitere Informationen und Download der Studie: Den Volltext zur Studie „Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht“ finden Sie online auf der Seite des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz.

Über das Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz:

Die neue Studie zu Hass im Netz wird von den Organisationen **Das NETTZ**, der **Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur**, **HateAid** und den **Neuen deutschen Medienmacher*innen** als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz herausgegeben. Die wissenschaftliche Umsetzung erfolgte durch die pollytix strategic research GmbH. Das Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz ist ein Zusammenschluss von fünf Organisationen, die sich gegen Hassrede und Gewalt im digitalen Raum engagieren. Das Kompetenznetzwerk informiert als zentrale Anlaufstelle alle, die beim Thema Hass im Netz Orientierung brauchen, Hilfe suchen, sich engagieren, darüber berichten oder sich weiterbilden wollen. Das Kompetenznetzwerk wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, der Robert Bosch Stiftung und der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen.

Für weitere Informationen besuchen Sie die Webseite:

<https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/>